

Den Dingen muss auf den Grund gegangen werden! Betriebsunfälle oder Systemfehler? Was ist das zu denken und zu tun Notwendige? Versuch einer Antwort [bis zur eigentlichen Fragestellung]

Vorbemerkung: Die Problematik ist zu wichtig und zu komplex, als dass man sie mit einer kurzen Meinungsäußerung zureichend beschreiben könnte. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass meine Stellungnahme ausführlicher ausfällt und zunächst nur bis zur eigentlichen Fragestellung führt. Die Antworten müssten im »großen Ratschlag« eines umfassenden öffentlichen Diskurses gefunden werden.

I. Der Artikel von *Stefan Kornelius* endet mit den Sätzen: »Der Euro, dieses Rückgrat der EU, kann ganz schnell gebrochen werden, wenn der politische Wille zum aufrechten Gang fehlt. Jetzt, da die Marktkräfte stärker sind als der politische Wille, zeigt sich das Defizit Europas: Der Gemeinschaft fehlt die Idee zur politischen Festigung des Euro. Es fehlen die *Muskeln* am Rückgrat. Dabei wird es nicht reichen, wenn die Euro-Regeln besser überwacht und die Haushalte strenger kontrolliert werden. Die gemeinsame Währung zwingt zu viel mehr gemeinsamer Politik: bei Wirtschaft und Investitionen, bei der Besteuerung, bei der Haushaltsplanung. *Die Staaten Europas*, vor allem Deutschland und Frankreich, werden sich politisch viel stärker verzahnen müssen, wenn sie ihre Währung und damit ihre Gemeinschaft nicht verlieren wollen.«

Was soll sich nun der geneigte Leser unter diesem Kaleidoskop von mit Metaphern und Analogien mystifizierend beschriebenen Sachverhalten vorstellen, deren konkrete Zusammenhänge aber im Dunkel verborgen bleiben wie ein *deus absconditus* [verborgener Gott], der das alles im Griff zu haben scheint wie die Puppen eines Marionettentheaters? So kann jeder nur wie an einem kollektiven gesamtgesellschaftlichen Stammtisch sich seinen Reim drauf machen und palavern. Ein »politischer Wille zum aufrechten Gang«, den *Kornelius* reklamiert und der ja demokratisch konstituiert sein müsste, kann sich aus einer solchen verschleiert bleibenden sozialen Landschaft gewiss nicht bilden.

Am Schluss seines Artikels findet *Kornelius* aber doch noch ein brauchbares Bild, mit welchem man – erweitert verstanden – auf die Spur des Geheimnisses kommen kann. Dort nämlich, wo er davon spricht, dass »die Staaten Europas ... sich »politisch viel stärker *verzahnen*« müssten. Versteht man diese Forderung im Sinn der *Hauptaufgabe der Staaten*, nämlich ihre *Gesetzgebungen* so zu gestalten, dass sie den Gesellschaften im Blick auf deren der *Würde des Menschen* verpflichteten wirtschaftlichen, sozialen, monetären, ökologischen und kulturellen Aufgaben Rechtssicherheit garantieren, dann heißt das doch, dass es daran offenbar fundamental mangelt, weil ja am laufenden Band in allen Bereichen des sozialen Lebens neue »Krisen« auftreten, die das »gemeinsame Haus Europa« gleichzeitig sozusagen durch Brandherde an allen Ecken und Enden bedrohen.

II. Nun herrscht bei den meisten Kommentatoren allseits die Ansicht vor, das seien *Betriebsunfälle* und man mobilisiert die Feuerwehr, um mal hier mal da die jeweils am höchsten schlagenden Flammen einzudämmen. Doch diese Sicht der Dinge und ihre jeweiligen Maßnahmen gehen an der Wirklichkeit vorbei. Was *Stefan Kornelius* beklagt, ohne es selbst schon wesensgemäß auf den Begriff zu bringen, wäre der richtige Hinweis, wenn endlich erkannt werden würde, dass das Problem viel grundsätzlicher ist und viel tiefer liegt. **Es handelt sich in Wahrheit nämlich nicht nur um einzelne Systemfehler, sondern darum, dass unsere heutigen Gesellschaften als vierdimensionale »integrale Systeme« realiter zwar existieren bzw. danach drängen zu existieren, aber faktisch noch immer in ihren Lebensformen von aus dem 19. Jahrhundert kommenden Ideologien bestimmt sind.**

Dieses Problem, dass die alten Begriffe den modernen systemischen Entwicklungstendenzen nicht folgen können und die überkommenen Gruppeninteressen sie noch immer hartnäckig verteidigen, besteht auch heute noch und hat sich mit dem Untergang des *Staatskommunismus* allenfalls bis zur Hälfte aufgelöst. Denn auch der **privatkapitalistisch organisierte Wirtschaftsliberalismus, der**

sich im Prinzip global durchgesetzt hat, wirkt *disfunktional* zu den Erfordernissen des integralen Systems, das längst *die assoziative und symmetrische Gestaltung der Verhältnisse im Sinne eines systemisch vernetzten Ganzen, also eine neue soziale Gesamtarchitektur des 21. Jahrhunderts verlangt, in welcher sich dann ein zeitgemäßer neuer Kulturbegriff, Staatsbegriff, Wirtschaftsbegriff und Geldbegriff entwickeln und manifestieren kann.*

Wie einige andere denkt auch *Stefan Kornelius* schon in die richtige Richtung, nur noch nicht konsequent genug, wenn er darauf hinweist, dass »die gemeinsame Währung zu viel mehr gemeinsamer Politik zwingt«, also zur Harmonisierung und funktionalen Abstimmung der wirtschaftlichen, staatlich-sozialen, fiskalischen und monetären Prozesse und man sollte auch das Kulturleben in diese notwendige Neustrukturierung der Gesamtverhältnisse unbedingt mit einbeziehen.

Dieses Erfordernis wird gelegentlich zum Beispiel auch mit der Forderung nach einer »Wirtschaftsregierung« [*Sarkozy*] angesprochen. Doch auch das trifft das Notwendige nicht zureichend. **Wir müssen die traditionellen Struktur- und Funktionsbegriffe, wie sie sich mit den Staatsentwicklungen durch die Jahrhunderte hindurch gebildet haben, verabschieden und als neuen Ausgangspunkt die Idee des »integralen Systems« entfalten: Die heute entwickelten vier operativ-vernetzten sozialen Systeme – das kulturelle, das staatlich-politische, das wirtschaftliche und das monetäre – und deren institutionell-systemischen Verknüpfungs- bzw. Brückenorgane müssen im sozialen Organismus auf der Grundlage relativer Autonomie [Selbstverwaltung] verfassungsrechtlich konstituiert werden. Das ist der Grundgedanke der Alternative zum Bisherigen aus den Forderungen der Gegenwart.**

Weder wurde aus den einschlägigen akademischen Wissenschaften noch seitens der Publizistik und der »Politik« eine solche erkenntnisgestützte Idee des Notwendigen in die gegenwärtige Debatte zur »Finanz-, Banken- Wirtschafts- und Schuldenkrise« eingebracht. Auch *Kornelius*, der zwar manche Zusammenhänge aus dem Anlass »Griechenland« thematisiert und wie viele andere nach einzelnen Erscheinungsformen der Schuldenkrise hin analysiert, stellt die Frage nach einer Idee für den Ausweg aus der Misere, bleibt aber doch nur bei all den vieldiskutierten Krisensymptomen hängen und kommt zu keiner Perspektive, die eine Systemalternative aufzeigen würde.

Dabei führen ihn seine Gedanken im letzten Satz seines Artikels mit dem Bild von dem Erfordernis eines stärkeren »Verzahnens« der heute nicht zureichend vom Ganzen her koordinierten systemischen Teilfunktionen [Wirtschaft, Politik, Gesetzgebungen usw.] immerhin schon bis an die Schwelle, von der aus man die ganze Fragestellung aus einer *Erkenntnis des Notwendigen*, das zu leisten vermag, charakterisieren kann. **In aller Kürze seien hier wenigstens die Fragestellungen der Grundlinien der angedeuteten Alternative zu den bestehenden Verhältnissen für jedermann nachvollziehbar und auf das soziale Ganze bezogen skizziert:**

III. In der Problemschilderung von *Kornelius* taucht schon fast alles auf, was in systemischer Hinsicht relevant, von ihm aber nicht als ein gegliedertes Ganzes, eben als ein sozusagen »*integrales System*«, wie es der slowakische Theoretiker des Prager Frühlings »*Eugen Löbl* nannte, erkannt ist: Der aktuelle Anlass betrifft ja Abläufe in dessen »*monetärem System*«. Sie sind derart, dass sie nach den im *Privatkapitalismus* wirksamen Begriffen zu asymmetrischen und disharmonischen Auswirkungen führen im *System der »wirtschaftlichen Prozesse«* [des *Kreditierens* der Investitionen, des *Finanzierens* der Arbeit usw.], in der Folge zu Engpässen und Schiefagen bei der Erledigung der Aufgaben und Erfordernisse des »*staatlichen Systems*« [Besteuerung, Sozialleistungen usw.] und schließlich zu einer immer stärkeren Verkümmern der *Subventionen*, die in vielfältigster Weise – heute staatlich organisiert – das »*kulturelle*« System des gesellschaftlichen Ganzen zu tragen haben.

Hat man dieses Bild des sozialen Ganzen als Wirklichkeit unserer gegenwärtigen Gesellschaft in ihrer globalisierten Erscheinungsform vor Augen, dann kann man die zeitgemäßen Antworten auf alle sich stellenden Entwicklungsprobleme für jedes der vier Systeme finden. Die entsprechenden Fragen können wie folgt gestellt werden:

- **Welches sind die Aufgaben, denen das jeweilige System gegenüber den drei anderen nachzukommen hat?**
- **Welches sind die Organe, deren es dazu jeweils bedarf?**
- **Welche Instanz ist die in der Sache jeweils begründete Souveränität [Kompetenz]? und** – da es sich, wie oben angedeutet, um ein »integrales« oder »vernetztes« Ganzes handelt, dessen Systeme in ihrem Verhältnis zueinander nicht naturhaft vorgegeben, sondern auf eine jeweilige Autonomie [= dezentrale Selbstverwaltung] gegründet sind – stellt sich
- **als abschließende Frage diese: Welcher Organe bedarf es, um die vier Systeme so miteinander zu verknüpfen und aufeinander abzustimmen, dass das Optimale [nach dem Maße des »Gerechten«] für den Bedarf der Einzelnen wie letztlich des Menschheitsganzen erreicht werden kann?**

IV. Das Ergebnis dieser Fragen und Antworten würde sich dann zu manifestieren haben in einer *vierfach neuen gesellschaftlichen Gesamtarchitektur*, die dann als eine gleichermaßen *nachkommunistische* wie *nach-kapitalistische* Ordnung jenseits der anachronistischen Ideologien des *Wirtschaftsliberalismus* und des *Staatssozialismus* in Erscheinung träte und sich im Prinzip ebenso in Einzelstaaten wie in Staatenvereinigungen [z.B. der EU] wie auch global entfalten könnte.

Es wird an dieser Stelle bewusst darauf verzichtet, für dieses und jenes Problem schon Antworten zu geben. Man sollte, wie *Kornelius* ganz richtig schreibt, den Zwang, den die in die Krise geführte »gemeinsame Währung« jetzt auf die Tagesordnung gesetzt hat, nämlich »viel mehr gemeinsame Politik« zu entwickeln, als die Aufforderung verstehen, **den großen gesellschaftlichen Ratschlag als offenen und öffentlichen Diskurs in den Medien, der Wissenschaft und der Politik über die oben unter III. aufgeworfenen Fragen eröffnen und ihn solange führen, bis überzeugende Ergebnisse erzielt sind.** Ergäben sich Alternativen, sollte darüber durch Bürgerschaftsentscheid Beschluss gefasst werden [siehe den entsprechenden Vorschlag auf www.volksgesetzgebung-jetzt.de].

V. Im übrigen: Unter besonderer Berücksichtigung eines von den traditionellen Ideologien aus dem 19. Jahrhundert emanzipierten, selbstverwalteten *monetären Systems*, das aufgabenspezifisch in das soziale Ganze integriert zu denken wäre, ist bereits am 23. Dezember 1978 der »*Aufruf zur Alternative*« als Stimme aus des Sphäre der Kunst [*J. Beuys*] in der *Frankfurter Rundschau* erschienen [siehe www.impuls21.net/pdf/aufruf_zur_alternative.pdf]. Man hätte also schon seit mehr als 30 Jahren mit der Prüfung dieser Vorschläge beginnen und – dessen darf man sicher sein – die gegenwärtigen Krisen durchwegs vermeiden und längst eine Entwicklung einleiten können, wie Bundespräsident *Horst Köhler* sie am 29. April in seiner Rede beim *IX. Munich Economic Summit* gefordert hat, als er – freilich auch ohne den Vorschlag einer konkreten Idee zu machen – sagte, es gehe jetzt erstens um ein Finanzsystem »unter dem Primat demokratischer Politik und im Dienst der Gesamtwirtschaft« und wir brauchten jetzt zweitens »eine Wirtschaft im Dienste der gesamten Gesellschaft« und drittens »ein gesellschaftliches Miteinander, zu dem alle beitragen.« Diese »drei Gestaltungsaufgaben« nehme uns niemand ab, fuhr *Köhler* fort. Sie verlangten »den Mut der Politik, die Einsicht der Bürger und die Bereitschaft zur demokratischen Selbstbestimmung.«

Die Frage an *Horst Köhler*, der ja 1978 auch kein Analphabet mehr war und gewiss auch die *Frankfurter Rundschau* kannte, wäre nun, ob er seinerzeit die Botschaft dieses »*Aufrufs zur Alternative*« aus dem Reich der Kunst vernommen und falls ja, warum auch er, als junger Mann immerhin schon in den Dreißigern, geschwiegen hat. Und falls ihm diese Veröffentlichung damals entgangen war, ob er sie jetzt, wo sie noch aktueller ist als damals, studieren und dazu Stellung nehmen wird, *ist sie doch bis heute die einzige Publikation ihrer Art, die ein neues Licht wirft auf das, was zu den gegenwärtigen Krisen* – allerdings eher zur Vernebelung als zur Klärung der Sachverhalte – *massenhaft in Umlauf gesetzt wird.*

VI. Wenn in dieser Kakophonie der Analysten, der Analytiker, der Journalisten und »Wirtschaftsweisen«, der Fachgelehrten, Manager, Unternehmer und Politiker die unterschiedlichsten »Schuldigen« für die Krisen ausgemacht werden, vergessen deren Äußerungen

durchwegs den *Hauptverantwortlichen für die Misere*: nämlich uns alle, die mündigen Bürgerinnen und Bürger. Denn sie, niemand sonst, sind doch in der Demokratie der Souverän für den geforderten »politischen Willen zum aufrechten Gang« [s.o.]. Und dafür kann auch die Ausrede nicht herhalten, wir hätten als diese souveräne Bürgerschaft in unsrer real-existierenden Demokratie bisher keine Möglichkeit, die Gesetze, nach denen sich ja alles Geschehen richtet, das die Gesellschaft von einer in die nächste »Krise« treibt, zu bestimmen. Das ist zwar richtig. Aber wir hätten es längst ändern können.

Denn: Seit Jahrzehnten liegen die Vorschläge dazu auf dem Tisch des »Hohen Hauses«, des Deutschen Bundestages, der nolens volens zunächst zu entscheiden hat, **dass wir grundgesetzkonform endlich eine solche Demokratie realisieren, in welcher die Bürgerschaft nicht nur die Volksvertreter wählen, sondern außerdem auch selbst Gesetzesinitiativen ergreifen und beschließen kann. Es wird geschehen, wenn genügend viele es wollen!** Wie das durch den »politischen Willen« des demokratischen Souveräns, also mit der entsprechenden direkten Willensbekundung der Bürgerschaft selbst, herbeizuführen ist, dazu, den Gedankengang abschließend, noch ein praktischer Hinweis zur Beteiligung eines jeden, der daran interessiert ist.

Nochmals *Horst Köhler*: Er sprach in München auch in hehren Worten von der »demokratischen Selbstbestimmung« – wieder ohne jede Erklärung, was er damit gemeint hat. In einer derzeit dem Deutschen Bundestag vorliegenden Petition [siehe www.volksgesetzgebung-jetzt.de/petition-2009] könnte er finden, was die entsprechende Initiative – in Übereinstimmung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2010 – zum Begriff der »demokratischen Selbstbestimmung« aus der Zivilgesellschaft [im Rahmen der *komplementären Demokratie*, wie das Grundgesetz sie vorschreibt] als Konsequenz für eine »dreistufige Bürgerschaftsgesetzgebung« fordert. Die Frage an den Herrn Bundespräsidenten ist, ob er seine allgemeinen Vorstellungen auch im Sinne dieser Forderung und darüber hinaus im Sinne der oben konkretisierten viermal vierfachen Fragestellung anerkennen und das Anliegen für einen »großen Ratschlag« darüber unterstützen könnte. Man darf gespannt sein, ob seinen schönen Worten zunächst diese wichtige Tat der Unterstützung dieses volkspädagogischen Schrittes folgen wird. Auch das wird ein Gradmesser für die Glaubwürdigkeit seiner Worte sein.

Wilfried Heidt, Initiative Neue soziale Architektur
www.impuls21.net/neue-soziale-architektur

P.S. Bis für eine möglichst breite öffentliche Aufmerksamkeit und Beteiligung eine optimalere Lösung zur Realisierung des angeregten »Großen Ratschlags« über die Perspektive einer systemischen Alternative zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen aus den Anlässen der vom monetären System ausgehenden Krisen gefunden ist, kann der Diskurs auf dieser Seite stattfinden.

[Kommentar auf: <http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de/der-grosse-ratschlag>]